

Lübeck, 22.04.2024

Anfrage

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: katja.mentz@luebeck.de Telefon: 122-1067)

Anfrage AM Andreas Müller (Fraktion LINKE&GAL): Bezahlkarten für Asylsuchende in Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.05.2024	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

1. Welche zusätzlichen Belastungen kommen auf die Mitarbeitenden des Bereichs Soziale Sicherung zu, sollte in Lübeck die **Bezahlkarte** für geflüchtete Menschen im Herbst eingeführt werden müssen und das bisherige System ablösen? Wie hoch ist der voraussichtliche (zeitliche) Aufwand der Umstellung der Systeme? Wer wird diese zusätzliche Aufgabe übernehmen?
2. Wie viele Menschen würde die Einführung einer **Bezahlkarte** in Lübeck voraussichtlich betreffen?
3. Wie viele Karten wird es für Paare und Familien geben und was passiert bei Verlust der Karte?
4. Welche Kosten kommen auf die Hansestadt Lübeck zu, um diese Bezahlkarte einzuführen?
5. Wurde oder wird die Hansestadt Lübeck bei der momentanen Entscheidungsfindung auf Landesebene einbezogen?
6. Rechnet der Bereich Soziale Sicherung nach heutigem Kenntnisstand damit, dass der Verwaltungsaufwand damit vereinfacht oder erschwert wird oder gleichbleibt?

Begründung:

Auffallend ist, dass bisher alle Organisationen und Initiativen, die in ihrer praktischen Arbeit mit geflüchteten Menschen zu tun haben – also Menschen, die die Lebenssituation von Geflüchteten sehr gut kennen und einschätzen können, der Einführung einer Bezahlkarte ablehnend gegenüberstehen, so auch unsere Fraktion LINKE & GAL.

Anstelle Integration zu fördern und das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, ist das bundespolitisch erklärte Ziel, Menschen mit der **Bezahlkarte** abschrecken zu wollen, nach Deutschland zu fliehen. Es soll verhindert werden, dass Geld ins Ausland überwiesen werden kann. Lassen sich Menschen in Not, die vor Bombenhagel oder politischer Verfolgung flüchten, die auf dem Fluchtweg Gefahren für Leib und Leben riskieren, von einer Plastikkarte abhalten, ins sichere Europa zu gelangen? Dies klingt nicht nur absurd, es gilt auch als wissenschaftlich unhaltbar.

Trotzdem wird viel Geld aufgewendet und wertvolle Arbeitszeit städtischer Mitarbeitenden kosten, um ein System zu installieren, das diverse Probleme und Diskriminierung mit sich bringt. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass unseres Wissens nach, der Bereich personell unterbesetzt ist, bzw. die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden bereits jetzt sehr hoch ist. Wer soll sich neben den laufenden Tätigkeiten um die Einführung eines neuen Sys-

tems für Leistungsempfänger*innen kümmern, wer permanent wird für die zu erwartenden Probleme erreichbar sein, wenn z.B. Karten nicht funktionieren oder verloren gehen?

Anlagen: